

Europäische Union



**AUSSCHUSS DER
REGIONEN**

Brüssel, den 27. Juni 2002

Ein besserer Weg in die Zukunft: der Erweiterung gerecht werden

Ein Diskussionspapier

von

Albert Bore,

Präsident des Ausschusses der Regionen

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Erweiterung lässt sich nicht an einem Beitrittsdatum festmachen, sondern ist ein komplexer Entwicklungsprozess, in den verschiedene Regierungsebenen in den Mitgliedstaaten und Bewerberstaaten eingebunden sind. Da jetzt die entscheidende Verhandlungsphase beginnt, kommt den Städten und Regionen vor allem aufgrund ihrer Fähigkeit, alle Bürger über das Bildungs- und Informationsangebot einzubinden, eine wichtige Rolle zu. Als Forum für den Austausch und die Förderung vorbildlicher Verfahrensweisen zwischen den Städten und Regionen Europas ist der Ausschuss der Regionen der richtige Ort für die Planung einer flexiblen Strategie für eine erfolgreiche Erweiterung auf der Grundlage der unterschiedlichen Stärken unserer Gemeinschaften.

An der offenen Debatte über die Erweiterung auf der Plenartagung im Juli werden Mitglieder des AdR und Vertreter von Verbänden der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der Bewerberstaaten teilnehmen. In Anwesenheit von Kommissionsmitglied Verheugen bietet sich uns eine gute Gelegenheit, unsere Überlegungen voranzutreiben. Dieses Papier ist mein persönlicher Beitrag zu dieser Debatte. Es soll durch den Hinweis auf Fragen und Herausforderungen für den Ausschuss und die Bewerberstaaten die Diskussion anregen und Reaktionen provozieren. Es ist nicht zur Beschlussfassung vorgesehen, sondern soll den Weg für konkrete Vorschläge und Maßnahmen in den kommenden Monaten ebnen.

Wir haben bereits früher Erweiterungswellen durchlaufen, als die Gemeinschaft von 6 auf 15 Mitglieder wuchs. Doch jetzt stehen wir vor der größten Erweiterung aller Zeiten, durch die die Zahl der Mitgliedstaaten in einem Mal auf 25 oder mehr steigen wird. Das Bruttoinlandsprodukt vieler dieser Staaten liegt erheblich unter dem EU-Durchschnitt, was den Integrationsprozess erschweren wird. Der Ausschuss hat sich nachdrücklich für die Erweiterung und den Beitritt dieser Staaten ausgesprochen. Jetzt müssen wir klare, praktische Vorschläge zur Bewältigung der administrativen und politischen Herausforderungen anbieten, vor die uns ihre Integration stellt. Schöne Worte sind hier fehl am Platz.

Dieses Papier stützt sich auf drei miteinander zusammenhängende Fragen, die den Schwerpunkt Ihres Redebeitrags auf der Plenartagung bilden sollen:

1. Wie ist der Ausschuss der Regionen auf die Erweiterung vorzubereiten?
2. Wie kann der Dezentralisierungsprozess gestärkt und ein Beitrag zum Auf- und Ausbau von Verwaltungskapazitäten in den Bewerberstaaten geleistet werden?
3. Wie lässt sich der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt konsolidieren?

Keine dieser Fragen ist ohne die Berücksichtigung der anderen zu beantworten. Aber im Großen und Ganzen sind diese Fragen der rote Faden für die Überlegungen zu den in diesem Papier angesprochenen Themen. Sie müssen der Reihe nach im Lichte unserer Möglichkeiten betrachtet werden:

1. die Erfahrungen und Realitäten der Städte und Regionen in den europäischen Beschlussfassungsprozess einzubringen;
2. als Multiplikator zu fungieren, der die Reichweite und den Erfolg europäischer Politik vor Ort in den Städten und Regionen Europas verstärkt.

Ich hoffe, dass die hier angeführten Anregungen und Aktionslinien weitere Vorschläge von Kolleginnen und Kollegen sowohl aus den EU- als auch aus den Bewerberstaaten nach sich ziehen.

Die Möglichkeiten der Erweiterung für Zusammenhalt, Innovation und den Auf- und Ausbau von Kapazitäten nutzen

Die Tagesordnung in der Endphase der Beitrittsverhandlungen wird von finanziellen Aspekten der Erweiterung, insbesondere in Bezug auf die Agrar- und Regionalpolitik beherrscht. Diese werfen für jede Regierungsebene und für die Öffentlichkeit heikle Fragen auf, die häufig zu Missverständnissen oder sogar zu Missbrauch durch Populisten und Extremisten führen.

Für Diskriminierungen jeglicher Art zwischen den derzeitigen und künftigen Bürgern der EU-Mitgliedstaaten darf kein Platz sein.

Es sollte ein gerechtes und ausgewogenes Konzept für Übergangszeiträume vorliegen; diese sollten jedoch nur zum Tragen kommen, wenn andere Lösungen fehlen, und zeitlich so weit wie möglich beschränkt werden.

Im künftigen Grundlagenvertrag der EU müssen der soziale und der territoriale Zusammenhalt als Grundpfeiler des Projekts Europa anerkannt werden.

Nach Ansicht des Ausschusses sollten umfangreiche Mittel bereitgestellt werden, um die Bewerberstaaten bei der Entwicklung ihrer Infrastruktur, der Modernisierung ihrer Industrien und dem Ausbau der sozialen und der Ausbildungskapazitäten ihrer Gemeinschaften zu unterstützen. Aber die Höhe der Mittel, die jeder Mitgliedstaat in einem Mal absorbieren kann, ist begrenzt.

Aufgrund früherer Erfahrungen der Mitgliedstaaten hat die Kommission vorgeschlagen, diese Ressourcen auf maximal 4% des BIP zu begrenzen. Es gibt Einwände von Bewerberstaaten, aber mit Hilfe der Erfahrung der AdR-Mitglieder werden sie vielleicht verstehen, dass solche Absorptionsgrenzen tatsächlich existieren.

Im Zweiten Kohäsionsbericht der Kommission wird ausführlich dargelegt, in welchem Umfang der Beitritt neuer Mitgliedstaaten die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede in der EU vergrößern wird. Dadurch steigt die Bedeutung der Debatte über die Zukunft der Regional- und Strukturpolitik der EU um so mehr. Nach der Vorlage des Zweiten Kohäsionsberichts forderte AdR-Präsident Jos Chabert eine Aufstockung der für die Regional- und Kohäsionspolitik vorgesehenen EU-Haushaltsmittel. Die Argumente hierfür sind nach wie vor stichhaltig. Es ist

entscheidend, dass die Regional- und Strukturfonds den wirtschaftlichen, sozialen und infrastrukturellen Bedürfnissen der Bewerberstaaten entsprechen und weiterhin den großen wirtschaftlichen und sozialen Strukturdefiziten vieler Städte und Regionen in den derzeitigen fünfzehn Mitgliedstaaten abhelfen.

Ziel sollte es sein, die Fondsverwaltung zu verbessern, indem dem Wunsch der Gemeinden und Regionen nach besser geplanten Programmen für relativ kleine sowie mittlere Projekte stattgegeben wird und die Zuteilungskriterien genauer definiert werden.

Die Fraktionen des Ausschusses sollten gemeinsam auf eine effiziente und zeitlich gut organisierte Lobby hin arbeiten, die in der Lage ist, die vielfältigen Interessen der Städte und Regionen zu vertreten, denen Mittel aus den Struktur- und Regionalfonds zustehen.

Der Ausschuss sollte sich als "das" Diskussionsforum für dieses Thema etablieren und die Stimme der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der gesamten EU sowie in den Bewerberstaaten innerhalb des politischen Entscheidungsprozesses stärken.

Der AdR hat gemischte Ausschüsse mit Polen, der Tschechischen Republik und nun auch Zypern eingerichtet. Unsere erste Priorität muss es von jetzt an sein, die Vertreter der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der neuen Mitgliedstaaten schnellstmöglich in die Arbeit des Ausschusses zu integrieren.

Wir sollten sicherstellen, dass es allen neuen Mitgliedstaaten möglich ist, im Ausschuss einen uneingeschränkten Beobachterstatus innezuhaben, sobald die Beitrittsverträge unterzeichnet sind, und Vollmitglied zu werden, sobald die Verhandlungsergebnisse ratifiziert sind.

Um dies zu erleichtern, wird der AdR seine Situation dem Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments schildern, damit dieser den AdR-Haushalt entsprechend aufstockt.

Die Erweiterung bietet Möglichkeiten, unsere Kultur durch größere Vielfalt zu bereichern und das Innovationspotential Europas zu steigern. Kooperationsprogramme und Investitionsmöglichkeiten in den Bewerberstaaten stellen eine einzigartige Chance für wirtschaftliche Expansion, den Erwerb neuer Qualifikationen und die Erschließung neuer Märkte dar. Eine aktive und gezielte Strukturfondspolitik kann die europäische Wettbewerbsfähigkeit in dieser Hinsicht nur stärken. Eine verbesserte und kompatible Infrastruktur sowie Entwicklungsprogramme für Dienstleistungen und Unternehmen werden die Fortschritte hin zum europäischen Sozialmodell erleichtern und die Ausschöpfung seines Potentials unterstützen. Forschungs- und Bildungsprogramme können von neuen Kontakten und größeren interinstitutionellen Netzwerken profitieren, wodurch die Entwicklung einer europäischen Wissensgesellschaft - wie sie in der Lissabonner Strategie definiert ist - unterstützt wird.

Eine der Anregungen, die in Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen aus den Bewerberstaaten am häufigsten genannt wird, ist die erforderliche Fachberatung. Viele lokale und regionale Gebietskörperschaften signalisieren in zahlreichen Gebieten (wie dem Umweltschutz, der

Abfallbewirtschaftung, Stadtplanung, Korruptionsbekämpfung und wirtschaftlichen Haushaltsführung) dringenden Bedarf an besser ausgebildeten und qualifizierteren Mitarbeitern. Zweifellos wäre ein Intensivprogramm für Personalvermittlung und kurzfristige Austausche mit entsprechenden Kollegen in den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der derzeitigen EU-Mitgliedstaaten von außerordentlichem Nutzen, und auf lokaler und nationaler Ebene bestehen bereits mehrere solcher Initiativen.

Die Zahl und die Vielfalt von Austauschprogrammen sollten steigen. Neue Programme sollten sich an die Basis richten und die lokalen und regionalen Akteure einbinden, die Schlüsselaspekte des gemeinschaftlichen Besitzstands hauptverantwortlich regeln und anwenden sollen und in ihren Fachgebieten praktische Anleitung für die Anpassung ihrer Arbeitsmethoden benötigen werden.

Es sollten dringend zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, damit solche Ausbildungs- und Austauschprogramme noch schnell vor dem Beitritt innerhalb der nächsten zwei Jahre durchgeführt werden können.

Durch die Erweiterung erhält die Union neue Grenzen. Das ist sowohl für unsere Städte und Regionen als auch für die Mitgliedstaaten eine Herausforderung. Um sie bewältigen zu können, benötigen wir neue multilaterale Partnerschaftsprogramme, an denen neue Partner in den Bewerberstaaten und ihren Nachbarländern teilnehmen. Dazu ist es erforderlich, den Prozess von Barcelona wiederzubeleben und wirkungsvollere Initiativen für die Staaten der ehemaligen Sowjetunion zu ergreifen, die es den Behörden vor Ort ermöglichen, über Netzwerke von Verbänden, der Zivilgesellschaft, von Unternehmen und Forschungszentren ihre Erfahrungen auszutauschen und vorbildliche Verfahrensweisen weiterzugeben.

Für eine erfolgreiche Erweiterung sind Kontakte zu allen Bereichen der europäischen Zivilgesellschaft nötig. Viele Gegenden haben ihre Städtepartnerschaften auf Mittel- und Osteuropa ausgedehnt, und Zahl und Reichweite dieser Partnerschaften sollten zunehmen. Auch Schulen haben mit der Einrichtung von Partnerschaften begonnen, die zusätzliche Möglichkeiten des Kultur- und Sprachausstauschs zwischen Schülern und zwischen Lehrkräften eröffnen.

Angesichts der strategischen Bedeutung dieser Netzwerke für den Austausch zwischen Bürgern auf lokaler Ebene sollten die EU-Haushaltsmittel für Partnerschaftsprogramme aufgestockt werden.

Eine von der Kommission und dem AdR gemeinsam durchgeführte Prüfung und Erfassung aller möglichen bestehenden Partnerschaftsprogramme und ihres Potentials zur Förderung des Austausches vorbildlicher Verfahrensweisen in allen Bereichen könnte sich für den Austausch von für einen wirkungsvollen Zusammenhalt erforderlichen Fertigkeiten und Informationen als sehr nützlich erweisen.

Die Offenheit unserer Gesellschaft, ihre Fähigkeit, mit kultureller, gesellschaftlicher und religiöser Vielfalt umzugehen, hängt in hohem Maß von der Fähigkeit der Akteure vor Ort ab, aktiv an den multilateralen Beziehungen eines erweiterten Europas teilzuhaben. Sie hängt auch von unserer Fähigkeit ab, dafür zu sorgen, dass sie als eine unabdingbare, in einer Wechselbeziehung stehende Komponente des Regierens in Europa anerkannt werden. Es geht hier darum, eine Vision für unsere Erweiterungspolitik zu haben und dem Handeln von der Basis aus innerhalb der EU eine Funktion zuzuweisen.

Albert Bore
